

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Verpflichtung zur Solidarität im sich verändernden Europa betont

Pressekonferenz mit der Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumière und Regierungschef Hans Brunhart



Fürst Hans-Adam II. überreichte der Generalsekretärin des Europarates Catherine Lalumière anlässlich ihres ersten offiziellen Besuchs des Landes einen Orden. (Fotos: Brigitt Risch)

(e. b.) - Catherine Lalumière, die einen beispiellos erfolgreichen Weg durch politische Ämter in Frankreich hinter sich hat, vor ihrer Wahl zur Generalsekretärin des Europarates Staatssekretärin für Europafragen war, neben Giscard d'Estaing Vizepräsidentin des Auswärtigen Ausschusses in der französischen Nationalversammlung, Vizepräsidentin der Delegation für die Europäische Gemeinschaft, zeigte sich bei ihrem ersten offiziellen Besuch in Liechtenstein beeindruckt von der Begegnung mit Parlamentsvertretern und Regierung, beeindruckt auch von den Möglichkeiten, die ein Land wie Liechtenstein beispielsweise seinen Kindern bieten könne.

Ein Besuch, den sie in einem besonders wichtigen Moment in Europa - im Hinblick auf die Veränderungen im Osten abstatte. Zwar sei Liechtenstein ein kleines Land. Dennoch sei seine Rolle im Europarat keineswegs von kleiner Bedeutung. «Die Erfahrung hat gezeigt, dass Liechtenstein im Europarat einen grossen Einfluss gehabt hat», betonte die Generalsekretärin besonders im Hinblick auf das Minderheiten-Dossier des Europarates, in einer Pressekonferenz im Regierungsgebäude.

Begonnen hatte der erste offizielle Besuch der Generalsekretärin des Europarates am Dienstag mit einem Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef Hans Brunhart, dem ein Vortrag im Kapitalsaal des Pfarrhauses in Bendern folgte. Wir berichten darüber gesondert.

In der Pressekonferenz brachte Regierungschef Hans Brunhart seine Freude über diesen Besuch zum Ausdruck, vor allem habe man diese Gelegenheit nicht nur genutzt, um aktuelle Themen, die sich Liechtenstein als Mitglied des Europarates stellen, zu diskutieren. Besonders hob der Regierungschef Liechtensteins den «bemerkenswerten und erfolgreichen Einsatz für die Zielsetzungen des Europarates» von Catherine Lalumière hervor. Angesichts der explosiven und lawnenartigen Veränderungen in Osteuropa betonte die Vertreterin des Europarates die Wichtigkeit von Reformen auch des juristischen Apparates, auch angesichts der Verankerung der Menschenrechte in den osteuropäischen Ländern. «Es ist in unserem Interesse, diesen Ländern zu helfen».

Beträchtliche Konsequenzen für Europa werde darüber hinaus auch die Auflösung der Sowjetunion bedeuten. Catherine Lalumière betonte, dass eine Konvergenz, also die allmähliche Annäherung kapitalistischer und sozialistischer Industriestaaten, in jedem Fall wünschenswert sei. «Die Achse nach Osten ist eine Achse der Öffnung», es sei im Interesse Europas wichtig, die formellen Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens in Europa zu finden.

Die Verankerung und die Respektierung der Menschenrechte in Europa, die



In der Aula der Primarschule in Vaduz informierte sich der Gast aus Frankreich über das neue Schulprojekt. Dr. Josef Wolf, künftig Ständiger Vertreter im Europarat, dankte für das Interesse.

Sicherung des Friedens in einem sich verändernden Europa, das Verhindern von so dramatischen Situationen wie jetzt in Jugoslawien («Ein schlechtes Beispiel») - hierin sieht die Generalsekretärin des Europarates die wichtigen Aufgaben dieses inzwischen auf 26 Staaten angewachsenen europäischen Apparates.

Hier, so machte sie deutlich, bestünde eine einvernehmliche Haltung zwischen dem Europarat und dem Land Liechtenstein.

Im Rückblick auf den Besuch in der Primarschule Aëule in Vaduz, die Bege-

gung mit Kindern sowie Dr. Josef Wolf, dem jetzigen Leiter des Schulamtes und künftigen Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, und mit Blick auf das Gefälle innerhalb des Staatengefüges in Europa sowie im Osten, betonte die Generalsekretärin erneut, «Liechtenstein ist in der Lage, seinen Kindern eine Lebensqualität zu bieten, von der andere Länder nur träumen können».

Sie liess keinen Zweifel daran, dass eine Verpflichtung zur Solidarität bestehe mit den Ländern, die sich noch entwickeln müssen.

Weniger Krankenversicherte als im Vorjahr

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte die Krankenkassen-Statistik für das Jahr 1990

(G.M.) - Die Anzahl der Krankenversicherten ist im Jahre 1990, im Vergleich zum Vorjahr, gesunken. Währenddessen stiegen die Kosten pro Krankenversicherten vergleichsweise an. Dies geht aus der Krankenkassen-Statistik hervor, die das Amt für Volkswirtschaft gestern veröffentlichte.

Insgesamt waren 1990 in unserem Land 41 008 Personen bei den Krankenkassen versichert. Das sind 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Versicherten liegt deshalb über der Einwohnerzahl, weil auch hier erwerbstätige Personen aus dem Ausland mitgezählt werden. Von den 41 008 Versicherten sind 13 402 als Einzelversicherte aufgeführt, 27 606 Personen über Kollektivversicherungen. Insgesamt 33 773 Personen haben ihren Wohnsitz (einschliesslich erwerbstätiger Ausländer) in Liechtenstein, 3815 in der Schweiz, 3315 in Österreich und 105 Personen kommen aus anderen Staaten.

Die Kosten pro Krankenversicherten sind laut Krankenkassen-Statistik auf 1544,80 Fr. oder um 6,4 Prozent angestiegen. Die Erträge der Krankenkassen allerdings stiegen im gleichen Zeitraum um 9,6 Prozent oder um 140,60 Fr. auf 1601,70 Fr. an. Die Krankenpflege bildete mit 62,8 Prozent den Hauptanteil der Aufwendungen, doch vermochten die Prämien für die Krankenpflegeversicherung nur 39,4 Prozent dieser Kosten zu decken. Die Krankenpflegekosten werden zusätzlich durch finanzielle Zuschüsse der öffentlichen Hand gedeckt, die 1990 insgesamt 346 Fr. (im Vorjahr 320,40 Fr.) pro Versicherten betragen.

Innerhalb der Krankenpflege beliefen sich die Arztkosten auf 419,24 Fr. pro Versicherten, womit diese Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um 13,9 Prozent anstiegen. Die Arzneikosten erhöhten sich um 16,6 Prozent auf 178,02 Fr. In dessen zeigt sich bei den Heilanstaltskosten ein Rückgang um 11,1 Prozent auf

307,22 Fr. pro versicherte Person. Der Kostenrückgang hängt hier mit der kürzeren Aufenthaltsdauer der Patienten in den Spitälern zusammen: 1989 belief sich die durchschnittliche Aufenthaltszeit noch auf 23,3 Tage, jetzt sank sie auf 17,9 Tage ab.

Für die Behandlung in Heilanstalten mussten 15,7 Mio. Fr. aufgewendet werden. Die 4 691 in Heilanstalten eingewiesenen Personen hielten sich gesamt 84 041 Tage in diesen Spitälern und Heimen auf. Im Bereich der ambulanten Krankenpflege wurden 1990 insgesamt 103 322 Erkrankungen registriert, wovon 51 022 Frauen, 34 674 Männer und 17 626 Kinder. Die Krankenpflegekosten machten gesamt 26,7 Mio. Fr. aus.

Der Sektor der Krankengeldversicherung schlug im letzten Jahr mit 8,1 Mio. Fr. zu Buche. Diese Summe setzt sich aus 6 436 Taggeldfällen zusammen, die gesamt 135 063 Krankentage erreichten.

3,5 Milliarden für Kampfflugzeuge

Bundesrat schiebt FA-18 dem Parlament zu - Modernisierung prioritär

Bern (AP) Der Bundesrat spielt den Ball in der Kampfflugzeugbeschaffung dem Parlament zu. Er verabschiedete am Mittwoch die Botschaft zum Kauf von 34 Abfangjägern des Typs FA-18 für 3,495 Milliarden Franken. Dazu kommen 250 Millionen für Umbauten auf Flugplätzen. Der reale Abbau der Rüstungsausgaben bis 1995 zwingt zu klaren Prioritäten; eine glaubwürdige Luftverteidigung sei für die Wahrung der Souveränität ausschlaggebend, begründet der Bundesrat seinen Antrag.

Das Beschaffungsprogramm umfasst 26 Kampfeinsitzer FA-18C und acht Doppelsitzer FA-18D, Radarlenkwaffen Amraam, Munition, Ausbildungssimulatoren, Ersatz- und Bodenmaterial sowie die Erstausbildung. In dem zu einem Dokkurs von 1,50 Franken kalkulierten Kre-

dit sind Mehrkosten von 146 Millionen für die Beteiligung der Schweizer Industrie, eine Risikoprämie von 160 Millionen sowie ein Teuerungsbedarf von 400 Millionen eingeschlossen. Das Beschaffungsvolumen soll vollständig zurückfliessen: Schweizer Unternehmen sollen sich mit 311 Millionen am Lizenzbau von 32 der 34 Flugzeuge im Flugzeugwerk Emmen (LU) beteiligen können. Ferner verpflichtet sich gemäss EMD der Hauptlieferant McDonnell Douglas, für das restliche Beschaffungsvolumen von über zwei Milliarden der Schweizer Wirtschaft indirekt Aufträge zu vergeben. Auf dieser Basis seien bereits Gegengeschäfte von 460 Millionen vereinbart worden.

Ausgleichsgeschäfte wären beim Kauf von Occasionsfliegern nicht möglich, gibt der Bundesrat zu bedenken.

St. Gallen: Referendum gegen Budget '92

St. Gallen (spk) In der Stadt St. Gallen haben Vertreter von FDP und Autopartei das Referendum gegen das Budget 1992 ergriffen. Sie fordern eine Reduktion des Steuerfusses von 1 Prozent, verbunden mit einem Verzicht auf eine bereits beschlossene Reallohnerhöhung der städtischen Angestellten.

Somit zielen dieselben Interessengruppen bereits zum zweiten Mal innert kürzester Zeit gegen den Willen des Gemeinderats, die Löhne der städtischen Angestellten real zu erhöhen. Am 22. September hatte das Stimmvolk bereits ein erstes Mal ablehnend gegen ein ähnliches Referendum Stellung bezogen. Richtete sich die Absicht der Gegner damals gegen einen einmaligen Sockelbeitrag von 800 Franken, so nehmen sie diesmal eine gestaffelte Reallohnerhöhung von je 1 Prozent in den Jahren 1992 und 93 aufs Korn.

KOMMENTAR

Zweimal innerhalb kurzer Zeit diktierte das «Liechtensteiner Vaterland» als Organ der Mehrheitspartei der Nation, die Regierung, insbesondere aber der Regierungschef als zuständiger Finanzminister, habe den «Rotstift» kräftig geführt, damit die Staatsfinanzen ins richtige Gleichgewicht gekommen seien. Der Kerl, der in seinem Artikel nur ein Spektakel um die Finanzen vermutet, während sogar der VU-Fraktionssprecher von «angespannter Finanzlage» und von der Notwendigkeit zum Sparen bei den Staatsfinanzen sprach, scheint offenbar nicht zu wissen, dass die Regierung das Budget vorzulegen hat, hingegen nur der Landtag aufgrund seiner Finanzkompetenz die Möglichkeit

Wer führt den «Rotstift»?

besitzt, den «Rotstift» anzusetzen. Was soll ein «Rotstift» bei der Regierung? Nur das Gejammer der Regierung, dass die Rohentwürfe der einzelnen Ressorts und Amtsstellen um mehrere Millionen Franken über dem vorgelegten Voranschlag lagen, darf wohl nicht als ernsthafte Finanzpolitik oder als Kürzungen mit dem «Rotstift» bezeichnet werden.

Soweit zur Technik. Nun zum Inhalt: Wenn im gleichen Artikel über das «Spektakel um die Finanzen» steht, bei den Staatsfinanzen sei noch ein «respektables Reserverpolster» vorhanden, so mag das für den Moment vielleicht teilweise noch stimmen, obwohl anhand der Prognosen für das Finanzjahr 1991 erhebliche Zweifel angebracht werden müssen. Wer aber den Finanzplan der Regierung für die kommenden fünf Jahre studiert, wird aber ohne langes Suchen schwarz auf weiss die Auskunft erhalten, dass anstatt dem respektablen Reserverpolster bis zum Ende der Planungsperiode 1996 eine «ungedeckte Schuld» von 161 Millionen Franken vorhanden sein wird.

Hier hat die Regierung offensichtlich den «Rotstift» noch nicht angesetzt, zugleich aber auch einige Projekte, die seit langem im Gespräch sind und nach früheren Prognosen oder Versprechungen bereits in Betrieb stehen sollten, nicht aufgeführt. Als die FDP-Fraktion im Landtag einen Teil dieser Liste präsentierte, ging der Finanzchef der Regierung in seiner ausweichenden Antwort elegant darüber hinweg.

Vielleicht erinnert ihn jetzt die FDP-Interpellation zur Finanzpolitik daran, dass in diesem Bereich noch einige Fragen offenstehen.

Vollends daneben geht, ausser dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit dem Geld, der «Vaterland»-Vergleich zwischen Privathaushalt und Staatshaushalt. Der Vergleich geht davon aus, dass private Investitionen wie der Bau eines Hauses nicht dem Schuldenmachen gleichgesetzt werden könnten, da ja ein Gegenwert bestehe. Für den Staat sieht die Sachlage unbestreitbar anders aus. Oder will der Finanzminister bei künftiger Finanzknappheit die Schulhäuser oder Strassen an den Meistbietenden verschreiben? Bereits bei einem solchen Ansinnen würden, um mit dem «Vaterland» zu reden, die Hühner lachen. (G.M.)

STILO-COM
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm
com = compact, kombinierbar, communicativ.
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestätigen.
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen

THONY
FL-9494 Schaan
Bühnhelstrasse 16
Tel. 075-2 42 42
office

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN
City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Heiligkreuz 49
Telefon 075 / 281 88